



## NIEDERSCHRIFT

<b>Gremium</b>	Stadtverordnetenversammlung
<b>Sitzungsnummer</b>	15. Sitzung
<b>Datum</b>	Montag, den 01.10.2007
<b>Sitzungsbeginn</b>	18:10 Uhr
<b>Sitzungsende</b>	19:30 Uhr
<b>Sitzungsort</b>	Plenarsaal des Neuen Rathauses (1. OG)

### **Anwesend waren:**

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrates lt. Originalanwesenheitslisten (einzusehen im Büro der Stadtverordnetenversammlung) sowie die Mitglieder der Verwaltung.

**AV Volck** eröffnete die Sitzung, begrüßte die Stadtverordneten, die Mitglieder des Magistrats und der Verwaltung sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse. Er stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass die Stadtverordnetenversammlung mit Stadtverordneten beschlussfähig ist.

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil :**

#### **TOP 1**

#### **Fragestunde**

#### **TOP 2**

#### **Nachtragshaushalt 2007**

#### **TOP 2.1**

#### **Änderungsliste**

#### **TOP 3**

#### **0585/07**

#### **Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar**

#### **2. Nachtragswirtschaftsplan 2007**

#### **TOP 4**

#### **0610/07**

#### **Standortverlagerung Stadtbetriebsamt**

#### **Grundsatzbeschluss**

#### **TOP 5**

**0528/07**

**Errichtung und Anbringung von Funkanlagen  
und Sendemasten in Wetzlar**

**TOP 6**

**0590/07**

**Vergrößerung des Pendlerparkplatzes bei Münchholzhausen  
Prüfungsauftrag**

**TOP 7**

**0577/07**

**Nutzung von Solarenergie anhand  
des Beispiels der Stadt Griesheim  
Prüfungsauftrag**

**TOP 8**

**0600/07**

**Förderung von Kraftwärmekopplung durch die enwag**

**TOP 9**

**Nachwahlen**

**TOP 9.1**

**Betriebskommission Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar  
Stellv. Mitglied**

**TOP 9.2**

**Stadtteilbeirat Silhöfer Aue / Westend  
Mitglied**

**TOP 9.3**

**Stadtteilbeirat Niedergirmes  
Stellv. Mitglied**

**TOP 9.4**

**Beirat kommunale Arbeitsgemeinschaft Gießen - Wetzlar  
Mitglied**

**TOP 9.5**

**Beirat für die Volkshochschule  
Mitglied und Stellv. Mitglied**

**TOP 9.6**

**Verwaltungsausschuss des kommunalen Jugendbildungswerkes  
Stellv. Mitglied**

**TOP 9.7**

**Jugendhilfeausschuss  
Mitglied**

**TOP 10**

## **Mitteilungsvorlagen**

### **TOP 10.1**

**0594/07**

**Beitritt in den Trägerverein für das Regionale Entwicklungskonzept Lahn-Dill-Wetzlar**

### **TOP 10.2**

**0579/07**

**Wohnhilfebüro  
Jahresbericht 2006**

### **TOP 10.3**

**0580/07**

**Caritashaus für alleinstehende Wohnungslose  
Jahresbericht 2006**

### **TOP 11**

**Verschiedenes**

### **TOP 1**

**Fragestunde**

Frage Nr. : 0622/07 – III/32  
vom : 25.09.2007  
Fragesteller : Stve. Droß, SPD-Fraktion

---

Stve. D r o ß:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir eine Vorbemerkung:

Mehrfach wurde in der Vergangenheit die Informationspolitik des Magistrates gegenüber der Stadtverordnetenversammlung beklagt. Nicht immer wählte der Magistrat den direkten Weg der Information, sondern Stadtverordnete erfuhren Veränderungen über die heimische Presse. So war in der Samstagsausgabe vom 22.09.07 der WNZ zu lesen, dass die Fußgängerbrücke über die Lahn zwischen Bachweide und Stadion bis auf unbestimmte Zeit nicht mehr benutzbar ist und aus Sicherheitsgründen die sofortige Sperrung erfolgt.

Wir gehen davon aus, dass die Problematik bereits geraume Zeit vorher bekannt war. Aber weder in der Bauausschusssitzung am 19.09.07 noch in der Finanzausschusssitzung am 20.09.07 wurde die Brückensperrung thematisiert. In den Pressemitteilungen auf der Homepage der Stadt Wetzlar finden sich leider auch keine zusätzlichen Aussagen, wie die Lücke im Wege-netz wieder geschlossen wird.

Wir fragen den Magistrat, ob die gesperrte Brücke saniert wird oder abgerissen werden muss und wie lange ggf. mit einer Sperrung insgesamt zu rechnen sein wird. Danke.“

StR B e c k:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine verehrten Damen und Herren Stadtverordnete, werte Fragestellerin, Ihre Unterstellung in der Vorbemerkung möchte ich durch Darstellung des kurzfristigen Ablaufes im Vorfeld der Sperrung zurückweisen:

Bei einer zufälligen Begehung der Brücke wurden Auffälligkeiten an den Trägerabdeckungen bemerkt. Daraufhin wurde unverzüglich eine Begehung mit dem Brückenprüfer durchgeführt, wobei die Ursache der Veränderungen nicht ausreichend festgestellt werden konnte. Eine Öffnung der Trägerverschalung wurde durch das Fachamt veranlasst und am Wochenende vom 15. bis 18.09. 2007 ausgeführt. Bei einer erneuten Begehung der Brücke am 17.09.2007 gemeinsam mit dem Brückengutachter wurden anhand von teilweise geöffneten Verschalungen erhebliche Tragfähigkeits- und Stabilitätsprobleme erkannt, die eine sofortige Sperrung der Brücke zwingend notwendig machte.

Gegen 18:30 Uhr des gleichen Tages wurde, da ich selbst auf Dienstreise war, Herr Oberbürgermeister Dette durch die Amtsleitung über die notwendige Sperrung informiert. Am 18.09.2007 wurde die restliche Teilverschalung demontiert und ein externer Fachgutachter für Holztragwerke beauftragt. Die Begutachtung mit diesem Fachbüro erfolgte am 20.09.2007.

Eine Mitteilung in den Sitzungen des Bauausschusses bzw. des Finanz- und Wirtschaftsausschusses über die vorgenommene Sperrung, ohne weitere Aussagen zu Schäden und des weiteren Vorgehens nennen zu können, hatte aus Sicht des Magistrates nicht genug Substanz, um dem Informationsbedürfnis der Stadtverordneten gerecht werden zu können.

Der Magistrat steht auf dem Standpunkt, dass eine Information der Stadtverordneten nur dann Sinn macht, wenn man auf die Fragen auch Antworten liefern kann. Dies war zu diesem Zeitpunkt aufgrund der mangelhaften Erkenntnisse nicht möglich.

Zur Beantwortung Ihrer Frage:

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind die Gutachter dabei, die Schäden am Holz aufzunehmen und zu klären, wie es trotz Abdeckung der Hölzer innerhalb recht kurzer Zeit zu solchen Tragfähigkeitsproblemen kommen konnte. Erst nach Vorlage eines Schadensgutachtens, welches für ca. Ende Oktober 2007 erwartet wird, kann entschieden werden, ob ein Abriss zwingend notwendig wird oder eine Sanierung in Frage kommt.

Im Laufe dieser Woche wird die zweite Brücke ebenfalls statisch untersucht.

Sobald die Ergebnisse vorliegen, wird die Stadtverordnetenversammlung darüber informiert.“

Zusatzfrage FrkV M i c h a l e k:

„Herr Beck, vorausgeschickt, dass ich die Art der Informationspolitik des Magistrates ebenfalls für schlecht halte, teilen Sie mit mir die Ansicht, dass auch die Sperrung, selbst wenn man nicht weiß, wie viel es kostet, dass das mitzuteilen im Bauausschuss oder auch

Umweltausschuss sinnvoll ist für Stadtverordnete, die ja auch noch einen Bekanntenkreis haben, die häufig auch gefragt werden, dass man nicht unbedingt zu dem Zeitpunkt schon wissen muss, wie viel die Reparatur insgesamt kostet?“

StR B e c k:

„Herr Michalek, meine Damen und Herren, ich kenne ihre Fragen, die sofort auf mich zukommen, wenn gesagt wird: Wir sperren diese Brücke. Dann gibt es die Fragen warum und was und wie geht es weiter. Genau die Fragen, die Frau Droß letztendlich auch gestellt hat.“

Zwischenruf FrkV M i c h a l e k:

„Dann sagt doch: Ich weiß es noch nicht.“

StR B e c k:

„Sie haben am 22.09.2007 über die Zeitung, für alle Bürger war das ja auch angedacht, dass alle diese Information bekommen, diese Information ebenfalls erhalten. Lassen sie uns erst einmal Auskunft darüber geben, was denn mit der Brücke jetzt wirklich passiert ist und was wir machen müssen. Ich kann ver-stehen, dass sie jetzt unmutig sind, aber ich weiß nicht, ob es besondere Wirkung ergeben hätte, wenn wir sie am 20.09. schon informiert hätten und zumal es am 22.09. in der Zeitung stand.“

Stve. D r o ß:

„Was meint er mit der zweiten Brücke in ... (unverständlich). Sie haben gesagt, die zweite. Ist das die ... (unverständlich).“

StvV V o l c k:

„Nur eine Verständnisfrage: Weil Herr Beck gesagt hat, von einer zweiten Brücke gesprochen hat und, Herr Beck, es geht wahrscheinlich um die Brücke über den Mühlgraben?“

StR B e c k:

„Richtig. Das sind baugleiche Brücken beide und bei der ersten haben wir die statischen Probleme festgestellt, deswegen untersuchen wir sicherheitshalber, obwohl dort die Probleme noch nicht erkannt sind, diese Brücke ebenfalls.“

Frage Nr. : 0623/07 – III/33

vom : 25.09.2007

Fragesteller : Stv. Litzinger, SPD-Fraktion

Stv. Litzinger:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich frage den Magistrat:

Hat der Magistrat von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, nach § 3 Abs. 2 HessBGG (Hessisches Behinderten Gleichstellungsgesetz) Zielvereinbarungen mit den betroffenen Landesverbänden von Menschen mit Behinderung abzuschließen und wenn ja: Mit welchen Verbänden, wann und mit welchen Zielen? Dankeschön.“

Bgm. Lattermann:

„Herr Litzinger, es gibt keinerlei Zielvereinbarungen mit Verbänden irgendwelcher Art.“

Zusatzfrage Stv. Wagner:

„Beabsichtigt der Magistrat Zielvereinbarungen zu schließen in der Zukunft?“

Bgm. Lattermann:

„Herr Wagner, ich muss zu meiner Schande gestehen, ich habe bis heute gar nicht gewusst, dass es diese Möglichkeit gibt. Ich habe mich allerdings heute mal in der Sache kundig gemacht. Ich halte das nicht für zweckmäßig, weil wir uns dann ohne, das würde dem Verband klagbaren Anspruch geben und wir würden uns da ohne Not Zwängen aussetzen, ohne dass ich sehe, wie uns das in der Sache weiterbringt. Es gibt allerdings eine Prioritätenliste aus dem Jahr 2000, da geht es um Eingänge bei städtischen Gebäuden und da ist diese Gruppe 1 der Prioritätenliste, die ist inzwischen im Wesentlichen abgearbeitet. Eins ist in Naunheim noch nicht, das wird aber gerade gemacht, wie mir gesagt worden ist und das zweite ist das Palais Papius und das wird jetzt im Zuge der Umbaumaßnahmen umgesetzt. Das heißt Gruppe 1, Priorität 1, wäre also dann erledigt. Ist die Frage, ob man dann die weiteren Prioritäten abarbeitet, aber ich gehe mal davon aus, dass das dann passiert.“

## **TOP 2**

### **Nachtragshaushalt 2007**

#### **TOP 2.1**

#### **Änderungsliste**

Die finanzpolitischen Sprecher der Fraktionen, Stv. Wagner, FrkV Lefèvre, FrkV Altenheimer, FrkV Dr. Bürger und Stv. Borchers gaben ihre Stellungnahmen zum Nachtragshaushaltsplan 2007 ab. Hinsichtlich der Wortbeiträge wird auf die Anlagen - soweit vorhanden - verwiesen.

FrkV Altenheimer zeigte sich erfreut über die Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer und bewertete den Nachtragshaushaltsplan insgesamt positiv. Hinsichtlich der Kritik von Stv. Wagner zum Steighausplatz erklärte er, dass sich die CDU dagegen ausspreche, den Platz zunächst herzurichten, um ihn dann, während einer Baumaßnahme zur Barfüßerstraße, wieder zerstören zu müssen. Auch habe das mit dem Nachtragshaushalt wenig zu tun. Insgesamt hielt er es für fraglich, ob die positive Gesamtentwicklung anhalte und sich auf die kommunalen Haushalte auswirken werde. Die Kommunen seien sehr stark von einzelnen Firmen und deren wirtschaftlicher Entwicklung abhängig und

daher sei es richtig und notwendig, Rücklagen zu bilden. Dieser Grundsatz, in wirtschaftlich positiven Zeiten die Nettoverschuldung zurückzuführen, müsse zukünftig auch weiterhin umgesetzt werden.

Stv. B o r c h e r s schloss sich grundsätzlich den Ausführungen von Stv. Wagner an. Dass alle insgesamt über das positive Ergebnis des Nachtragshaushaltes erfreut seien, habe man von drei Fraktionsvorsitzenden und zwei Magistratssprechern zu hören bekommen. Die Änderungen der HGO seien wohl soweit fortgeschritten, dass es nunmehr „Der Magistrat und sein Kämmerer“ lauten müsse. Nunmehr fehle nur noch der Antrag, die Hebesätze durch den Magistrat und seinen Kämmerer festlegen zu lassen, den FrkV Dr. Büger hier bis unter die Decke gehoben habe. Stv. B o r c h e r s hob hervor, dass es letztlich die Stadtverordnetenversammlung sei, die die Aufträge erteile und die Beschlüsse zur Umsetzung fälle, während wohl FrkV Lefèvre und Stv. Dr. Büger der Ansicht seien, der Magistrat bzw. sein Kämmerer würden alles entscheiden. Ihnen warf er Überhöhung einer Person vor. Die Grünen würden sich diesmal zum Nachtragshaushalt enthalten. Dies solle ein Signal dafür sein, dass seine Fraktion die Aufstockung der Rücklagen befürworte. Weiterhin sei es erfreulich, dass der Magistrat und sein Kämmerer seine Öffentlichkeitsarbeit verändere und zukünftig keine Vorlagen mehr vorlegen werde, bevor nicht feststehe, dass alle Fragen beantwortet werden können.

OB D e t t e stellte klar, dass es weiterhin bei der Regelung der HGO bleibe, nachdem der Magistrat den Haushaltsentwurf vorbereite und der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorlege. Er bedankte sich dafür, dass der Etat in den Grundzügen von allen Fraktionen akzeptiert werde. Er halte es für wichtig, dass der Grundsatz bestehen bleibe, wonach in positiven Einnahmesituationen Rücklagen geschaffen werden sollen. Zu den von Stv. Wagner angesprochenen Energiekosten führte er aus, dass die Veränderung der Energiepreise wenig mit der Preispolitik des Aufsichtsrates zu tun habe, sondern vielmehr in der Weitergabe der Bezugspreise begründet liege. Bei der Personalkostenentwicklung seien Einsparpotentiale genutzt worden. Bei zuschussfähigen Maßnahmen werde zukünftig verstärkt mit Verpflichtungserklärungen gearbeitet werden. Beim Rückschnitt der Gehölze werde in Anbetracht der vergangenen Hochwasser der turnusmäßige Rückschnitt verkürzt.

Abstimmung über die Änderungsliste: 56.0.0

OB D e t t e verlas die geänderte Nachtragssatzung (siehe Anlage).

Abstimmung über den Nachtragshaushalt: 30.21.5

### **TOP 3**

**0585/07**

**Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar**

**2. Nachtragswirtschaftsplan 2007**

StvV V o l c k verwies auf die Änderungsempfehlung im Mitteilungsblatt.

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (56.0.0) folgenden geänderten Beschluss:

Der 2. Nachtragswirtschaftsplan 2007 des Eigenbetriebes Stadtreinigung Wetzlar wird in

der vorliegenden Fassung beschlossen.

---

**TOP 4**

**0610/07**

**Standortverlagerung Stadtbetriebsamt  
Grundsatzbeschluss**

OB D e t t e erklärte, dass in allen Fraktionen Übereinstimmen darüber vorliege, dass die Verlagerung des Stadtbetriebsamtes notwendig und zügig zu realisieren sei. Im Ältestenrat sei eine Übereinkunft dergestalt getroffen worden, dass die Grundsatzentscheidung mit der konkreten Grundstücksvorlage zusammen beraten und beschlossen werden solle.

Die Vorlage blieb daher im Geschäftsgang.

**TOP 5**

**0528/07**

**Errichtung und Anbringung von Funkanlagen  
und Sendemasten in Wetzlar**

Die Vorlage verblieb im Geschäftsgang.

**TOP 6**

**0590/07**

**Vergrößerung des Pendlerparkplatzes bei Münchholzhausen  
Prüfungsauftrag**

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (56.0.0) folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Vergrößerung des Pendlerparkplatzes bei Münchholzhausen möglich ist und mit welchen Kosten für eine Vergrößerung des Parkplatzes gerechnet werden muss.

Das Prüfungsergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung bis zum 30. November 2007 mitzuteilen.

**TOP 7**

**0577/07**

**Nutzung von Solarenergie anhand  
des Beispiels der Stadt Griesheim  
Prüfungsauftrag**

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (56.0.0) folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Wetzlar wird beauftragt, sich über die Klimaschutzinitiative der Stadt Griesheim zu informieren und zu prüfen, ob und inwieweit die dortigen Aktivitäten, insbesondere zum „Solarpark Griesheim“ und zum SolarLokal Griesheim“, auf Wetzlar übertragbar sind.

Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung über das Ergebnis der Prüfung einschließlich der finanziellen Auswirkungen der Umsetzung solcher Projekte zu berichten.

## **TOP 8**

**0600/07**

### **Förderung von Kraftwärmekopplung durch die enwag**

Stv. Dr. I h m e l s kritisierte die Notwendigkeit von Einzelanträgen zur Energiethematik. Professionell wäre dagegen eine Gesamtkonzeption über die kommunale Energieversorgung. Ein entsprechender Haushaltsantrag der SPD sei allerdings abgelehnt worden. Das Thema Klimaschutz sei ein globales Thema, das allerdings auf kommunaler Ebene umgesetzt werden müsse. Die vier großen Energieversorgungsunternehmen würden die Hauptverantwortung für das Thema tragen und suggerieren, es gebe kein Stromproblem, sondern nur ein Wärmeproblem. Dabei produziere die Stromwirtschaft doppelt so viel Strom wie nötig, statt verstärkt Abwärme zu nutzen. Die Kraftwärmekopplung würde dagegen abgelehnt, obwohl diese seiner Ansicht nach die Lösung darstelle. Eine Veränderung könne daher nur auf kommunaler Ebene erfolgen.

Dabei hätten allerdings Stadtwerke, die nur die Lieferpreise weitergeben - wie von OB Dette über die enwag ausgesagt - keine gute Zukunftsperspektiven. Dabei verwies er auf die Stadtwerke Gießen, die bereits eine andere Konzeption haben. Durch die Netzregulierungen seien die Margen der Stadtwerke bereits reduziert worden und durch die neue Genehmigungspolitik werde sich das Problem verstärken. Die derzeitige Bundesregierung habe bereits die Förderung der Kraftwärmekopplung gegenüber der Solartechnik verbessert, was seines Erachtens auch volkswirtschaftlich sinnvoll sei. Er appellierte dafür, dass sich die Stadtwerke die Chance im Interesse des Klimaschutzes und ihres weiteren Bestehens, aber auch im Sinne der Kundenbindung, um die Kraftwärmekopplung bemühen sollten.

Stv. N o a c k erläuterte die Ablehnung der CDU-Fraktion. Zum einen sei die Stadt Wetzlar der falsche Adressat. Der richtige wäre vielmehr der Aufsichtsrat der enwag. Zum anderen würden solche Anlagen bereits wirtschaftlich arbeiten, wozu er Gesetzes- und Literaturhinweise anführte. Auch die vier großen Energieversorger würden solche Anlagen bereits betreiben und da die Wirtschaftlichkeit bereits gegeben sei, gebe es keinen Grund, weitere Mittel für die Förderung zu investieren.

Stv. B r e i d s p r e c h e r hielt Stv. Dr. Ihmels entgegen, dass die Energieproblematik global sei und daher nicht allein auf kommunaler Ebene gelöst werden könne. Vom Verweis auf die Gießener Stadtwerke zeigte er sich überrascht und erkundigte sich nach einer ihm unbekanntenen neuen Preispolitik. Weiterhin verstehe er die Aussage von Stv. Dr. Ihmels zur Preisbindung nicht, da Blockheizkraftwerke per se mehr Gas verbrauchen würden. Insgesamt befürwortete er aber die Diskussion um dieses Thema, mit dem man sich auch inhaltlich auseinandersetzen müsse.

Stv. Dr. I h m e l s stellte klar, dass die Energiepreise einen wichtigen Faktor der Volkswirtschaft darstellen und die autonome Stromproduktion den Maschinenbau volkswirtschaftlich ablösen werde. In Gießen werde kontinuierlich die Umsetzung auf Kraftwärmekopplung von den Stadtwerken und der Wohnungsgesellschaft vorangetrieben. Er räumte ein, dass die Diskussion in den Aufsichtsrat der enwag gehöre, aber in solchen Gesellschaften steuere auch dort die Mehrheit die Politik des Aufsichtsrates. Es sei wichtig aufzuzeigen, dass in der Stadtverordnetenversammlung aufgezeigt werde, wer in der lokalen

Energiepolitik die politische Verantwortung trage. Auf Frage von Stv. J e s c h k e, ob Stv. Dr. Ihmels bekannt sei, dass die Stadt Gießen das Fernwärmenetz ausbaue und die Kraftwärmekopplung davon nur ein kleiner Teil sei erwiderte Stv. Dr. I h m e l s, dass sich die Vorteile von Kraftwärmekopplung und Fernwärme nur in der Benutzungsstruktur widerspiegeln lasse. Daher sei ein Gesamtenergiekonzept erforderlich und keine Einzelanträge zu diesem Thema.

Abstimmung: 27.29.0

## **TOP 9 Nachwahlen**

Zu den Wahlvorschlägen verwies StvV V o l c k auf das Mitteilungsblatt. Auf seine Frage hin ergaben sich keine weiteren Wahlvorschläge. Gegen eine Abstimmung en bloc und durch Handaufhebung ergaben sich keine Widersprüche.

### **TOP 9.1 Betriebskommission Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar Stellv. Mitglied**

Folgender Wahlvorschlag wurde von den Stadtverordneten einstimmig (56.0.0) angenommen:

FrkV Dr. Matthias Bürger

---

### **TOP 9.2 Stadtteilbeirat Silhöfer Aue / Westend Mitglied**

Folgender Wahlvorschlag wurde von den Stadtverordneten einstimmig (56.0.0) angenommen:

Stv. Herbert H. G. Wolf

### **TOP 9.3 Stadtteilbeirat Niedergirmes Stellv. Mitglied**

Folgender Wahlvorschlag wurde von den Stadtverordneten einstimmig (56.0.0) angenommen:

Stv. Thomas Meißner

### **TOP 9.4 Beirat kommunale Arbeitsgemeinschaft Gießen - Wetzlar Mitglied**

Folgender Wahlvorschlag wurde von den Stadtverordneten einstimmig (56.0.0) angenommen:

FrkV Dr. Matthias Bürger

**TOP 9.5**  
**Beirat für die Volkshochschule**  
**Mitglied und Stellv. Mitglied**

Folgender Wahlvorschlag wurde von den Stadtverordneten einstimmig (56.0.0) angenommen:

Stve. Angelika Kunkel (Mitglied) und  
Stv. Thomas Meißner (stellv. Mitglied)

**TOP 9.6**  
**Verwaltungsausschuss des kommunalen Jugendbildungswerkes**  
**Stellv. Mitglied**

Folgender Wahlvorschlag wurde von den Stadtverordneten einstimmig (56.0.0) angenommen:

Stve. Angelika Kunkel

**TOP 9.7**  
**Jugendhilfeausschuss**  
**Mitglied**

Folgender Wahlvorschlag wurde von den Stadtverordneten einstimmig (56.0.0) angenommen:

Stv. Thomas Meißner

**TOP 10**  
**Mitteilungsvorlagen**

**TOP 10.1**  
**0594/07**  
**Beitritt in den Trägerverein für das Regionale Entwicklungskonzept Lahn-Dill-  
Wetzlar**

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**TOP 10.2**  
**0579/07**  
**Wohnhilfebüro**  
**Jahresbericht 2006**

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**TOP 10.3**  
**0580/07**  
**Caritashaus für alleinstehende Wohnungslose**

## **Jahresbericht 2006**

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

### **TOP 11**

#### **Verschiedenes**

Keine Wortmeldungen.

Nachdem keine Wortmeldungen vorlagen, schloss StvV **V o l c k** den öffentlichen und eröffnete den **nichtöffentlichen Teil** der Beratungen.

gez.